Antrag Nr. 9

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 4. November 2025

Keine Geisterfahrt in der Verkehrswende – Bezahlbares Klimaticket erhalten klimaschädlich Subventionen abbauen!

Die aktuelle Bundesregierung gefährdet mit ihren verkehrspolitischen Prioritäten zentrale Ziele der sozial gerechten Klimawende.

Während das österreichweite Klimaticket in zwei Schritten erheblich verteuert werden soll, will die Bundesregierung zugleich das steuerlich hochgradig unsoziale Pendler:innen-Fördermodell ausweiten: Laut einer aktuellen VCÖ-Analyse profitiert vom geplanten, verdreifachten Pendlereuro das oberste Einkommensfünftel **zwölfmal stärker** als das unterste Fünftel. Diese Umverteilung von unten nach oben steht im Widerspruch zu den sozial- und umweltpolitischen Zielsetzungen der AK.

Gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten ist es notwendig, Anreize für den Umstieg auf umweltfreundliche Mobilität **auszubauen statt abzuschaffen**. Eine Verteuerung des Klimatickets würde viele Pendler:innen treffen, die bereits erfolgreich auf Bahn und Öffis umgestiegen sind – und sie womöglich wieder zum Auto zurückdrängen.

Wissenschaftler:innen aus Klima- und Umweltforschung fordern seit Jahren, klimaschädliche Subventionen konsequent abzubauen und die Verkehrswende sozial gerecht zu gestalten. Dazu gehören der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, faire Preise und eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs.

Die AK Wien positioniert sich klar gegen diese „Geisterfahrt in der Verkehrswende“ und tritt für leistbare, sozial gerechte und ökologische Mobilität ein.

Die 184. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

- **von den geplanten massiven Preissteigerungen beim österreichweiten Klimaticket abzusehen und stattdessen das Ticket langfristig sozial und ökologisch leistbar zu halten.**

- **keine weiteren einnahmenschwachen Bevölkerungsgruppen benachteiligenden Pendler:innen-Förderungen (wie die geplante Verdreifachung des sogenannten „Pendlereuros“) umzusetzen.**

- **öffentliche Mittel konsequent in den Ausbau, die Attraktivierung und Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs zu investieren, anstatt klimaschädliche Subventionen (Dienstwagenprivileg, Pendlerpauschale, fossile Treibstoffvergünstigungen) im Verkehrssektor zu verteilen.**

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐